

Mitteleuropa, in Nordeuropa und in anderen Regionen unseres Kontinents atomwaffenfreie Zonen zu schaffen.

Die SED und die SPD legten der Öffentlichkeit im Oktober 1985 „Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa“ vor. Er soll Teile des Territoriums der BRD, der DDR und der ÖSSR umfassen und zunächst eine Ausdehnung von jeweils 150 km auf den Territorien der drei Staaten haben (Gesamtbreite 300 km). In einer zweiten Etappe sollen nach den Vorstellungen der SED und der SPD drei Jahre nach der Verwirklichung des Korridors die beteiligten Regierungen über seine Ausweitung zu einer mitteleuropäischen atomwaffenfreien Zone verhandeln.

Für vollständiges Verbot und Beseitigung aller C-Waffen

Seit 1972 liegt ein Konventionsentwurf der UdSSR über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung chemischer Waffen vor. Die Staaten des Warschauer Vertrages förderten die NATO-Staaten dringend dazu auf, die Anstrengungen zur erfolgreichen Beendigung der Verhandlungen über den Abschluß einer internationalen Konvention auf der Genfer Konferenz zu verstärken und sich aller Handlungen zu enthalten, die ein vollständiges Verbot und die Beseitigung der chemischen Waffen behindern. Sie wandten sich gegen die Aufstockung der Arsenale dieser Massenvernichtungswaffen und appellierten an die NATO-Länder, auf die Produktion von Binärwaffen zu verzichten.

Durch den Abschluß eines Abkommens über eine C-waffenfreie Zone, dessen Entwurf von der SED und der SPD gemeinsam erarbeitet und von der DDR und der ÖSSR inzwischen der BRD, den Beneluxstaaten, Dänemark und Norwegen sowie der

VR Polen und der Ungarischen Volksrepublik übergeben wurde, könnte das Zentrum Europas von einer gefährlichen und grausamen Massenvernichtungswaffe befreit werden.

Vertrauensbildende Maßnahmen im Interesse der Völker

Im September 1986 verabschiedeten die Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa das „Dokument der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“.

Das Politbüro stellte im Bericht an die 3. Tagung des ZK der SED dazu fest: „Gerade im Lichte von Reykjavik ist der erfolgreiche Abschluß der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa ein Beweis für die Möglichkeit, trotz aller weiterbestehenden Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten konkrete Übereinkünfte in den Fragen von Krieg und Frieden zu erzielen, die den Interessen aller Beteiligten entsprechen. Mit dem Dokument von Stockholm, einem tragfähigen Kompromiß, ist ein wichtiger Schritt getan worden, um die Gefahr des Ausbruchs eines Krieges zu verhindern.“

Für eine reale, überzeugende und umfassende Kontrolle

Die UdSSR, die DDR und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages äind für effektive Kontrolle auf allen Gebieten und in allen Etappen der Reduzierung der Rüstungen sowie der Abrüstung durch nationale technische Mittel wie auch internationale Verfahren bis hin zu Inspektionen vor Ort. Sie sind bereit, auch be-

liebige zusätzliche Kontrollmaßnahmen zu vereinbaren.

In seiner Ansprache im sowjetischen Fernsehen im Oktober 1986 sagte Michail Gorbatschow, daß die Sowjetunion in der Frage der Kontrolle für eine Verschärfung sei. „Die Kontrolle muß real, umfassend und überzeugend sein. Sie muß die volle Gewähr für eine zuverlässige Einhaltung der Vereinbarungen bieten und das Recht der Kontrolle vor Ort einschließen.“

Das Treffen von Reykjavik war ein historisches Ereignis

Unsere Partei- und Staatsführung hat das Treffen von Reykjavik als ein historisches Ereignis gekennzeichnet. Reykjavik war ein großer Gewinn für die sozialistische Welt, ein Gewinn für die ganze Menschheit. Alle Versuche der abrüstungsfeindlichen, militanten Kräfte der USA und anderer NATO-Staaten, die Welt bei den weiteren Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen hinter Reykjavik zurückzuzerren, sind untauglich, entsprechen nicht den Realitäten. In Reykjavik wurde gegenseitiges Einvernehmen zwischen der UdSSR und den USA auf mehreren wichtigen Gebieten erzielt. Als Haupthindernis für Vereinbarungen jedoch erwies und erweist sich das starre Festhalten der USA-Regierung an SDI, an der Absicht, das Wettrüsten auf den Weltraum auszudehnen, an der Vorbereitung eines „Krieges der Sterne“.

„Nicht zu übersehen ist die fehlende Bereitschaft der US-Administration, die Grundfrage der Gegenwart, die Frage von Krieg und Frieden, zu lösen. Wir setzen unseren Friedenskurs, den Kurs des Dialogs und der Zusammenarbeit weiterhin zielstrebig fort.“

(Erich Honecker, Schlußwort auf der 3. Tagung des ZK der SED)